

Am 4. und 5. Oktober 2024 gab es in Vaduz eine Tagung „Klimaschutz trifft Grundeinkommen“ <https://www.youtube.com/watch?v=WLR4Fjfhj0&list=PLXAKPJdUTIP3xMLR5748iP--XCsnlko6n> Dort wurde unter anderem auch Fragen zur Finanzierung eines möglichen BGE behandelt, in denen es erkennbare Differenzen gab. Im Nachgang der Konferenz haben Helmo Pape und ich einiges davon in einer Maildiskussion fortgeführt, die ich hier wiedergebe.

Helmo Pape:

Ich halte viel von MMT Stephanie Kelton, die für einen währungssouveränen Staat feststellt: Als Emittent der Währung akzeptiert der Staat nur seine eigene Währung als alleiniges Zahlungsmittel mit schuldbefreiender Wirkung. Dann erhebt er Steuern, Abgaben, Gebühren und Zölle, doch nicht zu seiner Finanzierung, denn Geld kann er ja selbst herstellen. Er muss seinem Geld Wert verleihen, ergo Nachfrage danach erzeugen, also Steuern, um die Bevölkerung zur Nachfrage nach seiner Währung zu zwingen. Da die Bewohner:innen die Steuern ja nicht anders zahlen können als mit der Währung, die der Staat selbst ausgibt, schafft es dieser Staat qua Gewaltmonopol sich mit Gütern zu versorgen (Produkte, Mitarbeiter, Auftragnehmer).

Der Staat braucht als Erzeuger der Währung Steuern aus vier Gründen, die Finanzierung ist eigentlich keiner davon, aber

- 1) das, was man sich darum kaufen kann zu bekommen (von Menschen, die diese Währung akzeptieren Leistung in Anspruch zu nehmen)
- 2) mit höheren/niedrigeren Steuern das Wirtschaftsgeschehen zu bremsen/zu befeuern
- 3) um Verhalten zu verändern
- 4) um Umzuverteilen

jetzt ohne auf das Problem einzugehen, dass Banken es dem Staat gleichtun und Geld schöpfen können, hier noch die Betrachtung von Steuern aus Erhebungssicht.

Nur drei Kategorien von Steuern sind vorhanden, auf

Einnahmen

Ausgaben

Bestand,

lerne da gerne deine Schematik kennen, aber mir hat das geholfen.

Man kann Steuer progressiv oder regressiv gestalten also darauf abzielen, wie die Verteilungswirkungen sind. Die Instrumente dafür sind Steuersätze, Freibeträge oder Freimengen bzw. generell die Ausdifferenzierung der zu besteuern den Grundlage.

Man kann Steuer auch eher ökologisch oder unökologisch gestalten, je nach den erwünschten Verhaltensweisen Steuergrundlagen oder Sätze ausdifferenzieren.

Ich hab mal im Gemeindepolitiksektor für Wasserpreise die um 30% zu niedrig waren, um die Kosten für den Infrastrukturerhalt zu decken eine 55%ige Erhöhung und die ersten 25m³ pro Haushalt dafür gratis als Beschluss durchgebracht. Das war quasi ein Sozialtarif, ohne Einkommensprüfung, den die Menschen mit Swimmingpools und Rasensprenger im Garten gezahlt haben. Für fast alle wurde Wasser dadurch nur um 5% teurer, für manche Großverbraucher aber um 50% = Verteilungswirkung.

Zuletzt noch die Frage wer die Steuern trägt. Das ist ein bisschen die Frage nach der Henne und dem Ei, meine vereinfachte Sicht ist: Menschen niemals Unternehmen.

Am ehesten die Endkundin, im Verlustfall eines Unternehmens die Eigentümerin und im Fall der Rettung durch den Staat oder der masselosen Pleite die Volkswirtschaft.

Noch was offen?

Wozu Steuern gebraucht werden? - geklärt

Wer sie zahlt? - geklärt?

Wie sie funktionieren? vielleicht zu offene Frage....

Werner Rätz:

Was du schreibst, halte ich nicht einfach für falsch, vor allem einigen Aspekten der MMT kann ich einiges abgewinnen. Aber du zäumst das Pferd von hinten auf, indem du zunächst fragst, was man mit Steuern alles machen kann, wie und wo erheben, was gestalten (also „steuern“) etc, und nicht, was „Steuern“, also einzuhebende Geldbeträge, eigentlich sind.

Du hält sie für „Einkommen“, also Geldbeträge, mit denen man Waren kaufen kann. Nun ist die Ware aber „ein vertracktes Ding“ (Karl Marx), was an ihrem „Doppelcharakter“ liegt, dass sie einerseits ein Gut ist, das Bedürfnisse befriedigt, es zumindest kann, und andererseits ein abstraktes Etwas, das einen „Wert“ trägt. Nur in Bezug auf diesen Wert ist die Ware austauschbar, gegen was auch immer, auch gegen Geld – wenn wir einmal von dem Fall absehen, dass da tatsächlich jemand wäre, der Brot hat und friert und ein anderer, der Mäntel hat und hungert; darauf eine ökonomische Theorie zu bauen, wäre albern, weil das nur mit einigen Tausend Menschen gelingen könnte.

Also die Ware als Wertträgerin ist zu betrachten. Als solche hat sie keine konkrete Eigenschaft mehr außer der, dass sie sich gegen Geld tauschen lässt, die Ware also, die ihrerseits wiederum gegen jedwede andere Ware getauscht werden kann. Woher nun kommt die Werthaltigkeit der Ware? Aus nichts anderem als dass sie Produkt menschlicher Arbeit ist. Diese, die Arbeit, ist heute in der Regel so organisiert, dass da jemand Geld investiert zum Ankauf von Produktionsanlagen, Ausgangsmaterialien für die Produktion und Arbeitskräften. Die tun ihre Arbeit und hinterher hat der Investor, unterstellt dass er sein gesamtes Produkt verkaufen kann, mehr Geld als vorher, einen Mehrwert. Den haben zwar allein die Arbeiter*innen geschaffen, aber er gehört dem Investor. Er bezahlt daraus die Arbeiter*innen und behält den Rest als Gewinn, von dem er einen Teil wieder investiert. Und auch der Staat greift mit seinen Steuern auf Teile des Gewinns und der Arbeitseinkommen, also den direkt produzierten Mehrwert, zurück und ist damit der Dritte, der diesen umverteilt, neben dem Lohn der Arbeiter*innen und dem Konsum und Neuinvestment der Kapitalist*innen. Aus dem umverteilten Mehrwert beziehen alle weiteren Menschen in der Gesellschaft ihr Einkommen.

Die Frage, wie groß die jeweiligen Anteile am Mehrwert sind, also Arbeitseinkommen, Gewinne incl. Neuinvestments und Steuern, ist somit eine unmittelbare Frage gesellschaftlicher Gerechtigkeit. Solange nicht das gesamte Produkt den unmittelbaren Produzentinnen, also der Gesellschaft, gehört, entscheidet sich in dieser Verteilung die Frage gesellschaftlicher Macht und Gestaltungsfähigkeit.

HP: Ich habe das Gefühl, dass wir gar nicht diametral auseinander liegen müssen.

Ich versteh die Mehrwerttheorie von Marx ziemlich gleich.

Mein momentaner Stand des Irrtums, der mich der Konsumbesteuerung so nahe gebracht hat, setzt bei deinem Schlussabsatz an, ich zitiere: „Solange nicht das gesamte Produkt den unmittelbaren Produzentinnen, also der Gesellschaft, gehört, entscheidet sich in dieser Verteilung die Frage gesellschaftlicher Macht und Gestaltungsfähigkeit.“

Du meinst – wenn ich das richtig verstehe – dass zuerst die Verteilung der Produktionsmittel zu verändern sei, dann folgen Schritte wie das BGE, korrekt?

Ich meine – die Einführung eines BGE besonders konsumsteuer- und vermögenssteuerfinanziert bringt den von Dir gewünschten Zustand schneller hervor, da die Konsumsteuer von dem spaltenden Argument „ich zahl so viel und du so wenig“ bezogen auf die Markt-Einkommen befreit ist. Wir könnten also ohne diese Arbeiterklassen-Selbstzerfleischung in Leistungsträger und Leistungsempfänger oder wie auch immer, den Blick heben auf die Klasse der Besitzenden und

dieser mit einer erheblichen Vermögensbesteuerung als Nachfolgekonzepkt der einkassierten Einkommensbesteuerung zu Leibe rücken. Politische Dimensionen dieser Veränderung ausgeblendet (das wird nicht leicht) wäre zumindest die Einigkeit der Klasse der Besitzlosen Einkommensbezieher leichter herstellbar. Das triviale Argument dass Massensteuern unsozial sind wird mit einem ebenso trivialen Freibetrag ausgehebelt und zu einer Steuerprogression entlang der Konsumausgaben saniert.

Das ist jetzt vielleicht gibberisch für einen Neuling, aber du kennst ja die Argumente im Generellen und kannst mir hier ins Detail folgen.

Bei Nachfrage deinerseits werd ich auch gern genauer.

Fazit also bisher:

Ja, wir müssen die Vermögensverhältnisse ändern

Ja, wir müssen Gleichberechtigung, Solidarität, Zusammenhalt stärken

Ja, das wird weder durch das BGE noch durch die Konsumsteuer allein erreicht

Erst die Vermögensbesteuerung in Kombination mit der Verhandlungsmacht des BGE wird diesen Zustand langsam herstellen (das könnte auch einkommenssteuerfinanziert gelten, wird aber aus den Perspektiven Globalisierung, Demographie, Automatisierung, Ökologisierung schwieriger)

WR: Ja, ein Satz an Gemeinsamkeiten ist da. Durch die Hereinnahme der Vermögensteuer in das Konsumsteuermodell wird in der Tat auch dessen schlimmstes Defizit geheilt. Ich argumentiere seit mindestens 15 Jahren in meinen Vorträgen, wenn es um die Finanzierungsmodelle geht (z. B. auch im Text https://www.werner-raetz.de/fileadmin/user_upload/Autor/bge/bge_Finanzierung.pdf von 2006 im letzten Teil), zweifach gegen Götz Werners Modell, nämlich einmal mit der unsozialen Schieflage der mangelnden (nicht der völlig fehlenden, der unzureichenden) Progression, der man abhelfen kann durch eine sehr starke Staffelung der Hebesätze (von Null auf Artikel des täglichen Bedarfs bis sagen wir 5000 % auf Hochseejachten); ob das sinnvoll ist, ist eine andere Frage. Dann aber blieb zweitens bei Werner, dass es keine Instrument mehr gibt, um die Vermögensungleichheit zu bearbeiten; dabei sind die hohen Vermögen das Problem, nicht so sehr die hohen Einkommen. Letztere ermöglichen unanständigen und sinnlosen Konsum, erstere aber sind pure Macht; deshalb ist eine Vermögensbegrenzung essenziell. Es ist erfreulich, dass wir diesbezüglich Einigkeit haben.

Der Widerspruch liegt an anderer Stelle. Du hast den zitierten letzten Satz meiner vorherigen Mail nämlich missverstanden. Ich meine nicht, dass zunächst die Systemänderung notwendig sei. Auch dazu gibt es seit langer Zeit Texte von mir (z. B. von 2005 „Vom Mangel zur Fülle“ https://www.werner-raetz.de/fileadmin/user_upload/Autor/bge/bge_Streifzuege.pdf oder 2007 „Soziale Sicherheit für alle, weltweit“ <https://www.werner-raetz.de/wp-content/uploads/2024/02/soziale-Sicherheit-fuer-alle-weltweit.pdf> im Teil II), wo ich sehr klar sage, BGE kann im Kapitalismus beginnen, ja soll es sogar, wird aber tendenziell eine systemsprengende Wirkung entfalten. Das ist gerade der Clou am BGE aus antikapitalistischer Sicht, dass man damit anfangen kann, ohne die Systemfrage stellen oder gar beantworten zu müssen.

Ich meinte etwas anderes mit dem Satz, nämlich dass alle Kämpfe, und zwar nicht nur die der „Arbeiterklasse“ (wo ja noch mal genau zu klären wäre, wer das aktuell ist), sondern alle Kämpfe, die auf Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts zielen, Kämpfe um den Anteil am Mehrwert sind, und dass deshalb niemand, die* eine Umverteilung zugunsten der Produzent*innen und der Gesamtheit/Gesellschaft will, sich aus diesen Kämpfen zurückziehen darf. Das genau täte man aber, wenn man ein BGE durch Umsatz/Konsumsteuern finanzieren würde.

Das Wernersche Argument, Unternehmen zahlten keine Steuern, ist nämlich aus seiner Klassensicht heraus verkürzt und objektiv falsch. Klar, er als Unternehmer gibt alle seine Kosten in den Preisen weiter, will heißen, er versucht das, ob es gelingt, ist eine andere Frage. Für ihn sind Einkauf von

Ware/Vorprodukten, Errichtung der Verkaufs/Produktionsstätten, Abschreibungen der betrieblichen Infrastruktur, Löhne/Gehälter/Arbeitgeberbeiträge, Steuern alles nur Kosten, die seinen Gewinn schmälern. Und genau der ist der Anteil am Mehrwert, den er behalten darf, und um dessen Größe geht es bei den Lohnkämpfen ebenso wie bei den Steuern. Erstere zielen auf einen höheren Anteil der Individuen am kollektiv erarbeiteten gesellschaftlichen Gesamtprodukt, zweite auf den gesellschaftlichen Anteil genau daran, aber eben erst nach der Verteilung zwischen Kapital und Produzent*innen. Die hat ja sowohl logisch wie faktisch-zeitlich Vorrang: Zunächst vereinbaren Investor und Beschäftigte Arbeitsbedingungen und Lohnhöhe, dann erfolgt die reale Arbeit, dann die Aufteilung des Mehrwerts in Lohnzahlung und Gewinn. Und wenn die Gemeinschaft/der Staat in dieses Verteilungsverhältnis eingreifen will, muss er beide Teile des Mehrwerts besteuern.

Das wäre erst dann nicht mehr nötig, wenn der kollektiven Produktion des gesellschaftlichen Reichtums auch kollektiver Besitz und kollektive Verteilung entsprechen würden.

HP: Es freut mich wirklich sehr, dass du auch glaubst, das BGE kann im Kapitalismus starten und und wird dessen destruktiven Wirkungen durch die Verteilung von Macht zu den Arbeitnehmer:innen bzw. Kund:innen zurückdrängen. Dieses Video erklärt es:

<https://www.youtube.com/watch?v=pr8s9AgYlhc>

Dass dies mit einer Konsumsteuerfinanzierung schlechter gehen soll als mit einer Einkommenssteuer, sehe ich noch nicht ein. Dem Erfolg der Einkommenssteuer fehlt ja das Element der Solidarität, bzw. die Bereitschaft mit den Abzügen der einen Gruppe die Freiheit der anderen Gruppe zu finanzieren (es sind ja max. 50% der Bevölkerung erwerbstätig).

Meine Kritik an der Einkommenssteuer werde ich demnächst um die fehlende ökologische Komponente ergänzen, dieses Video beleuchtet daher nur DREI Schwächen...

Deine Kritik an Werners Ansatz werde ich im nächsten Email aufgreifen und zu dekonstruieren versuchen.

Am Schluss noch einmal was uns verbindet:

Machtumverteilung hin zu mehr Chancengleichheit

Verteilungsfrage besser beantworten bei Vermögen, politischer Vertretung, usw.

aber mein Fokus der BGE Einführung geht in die Richtung eines einzelnen Nationalstaats, um dann aus einem erfolgreichen Piloten in einem Land gemäß der Logik des Standortwettbewerbs eine Kettenreaktion hin zum BGE zu erzeugen.

Mir ist unklar, wieso die Progression der Konsumsteuer nicht groß genug ist, wie du im ersten Absatz schreibst. Mein Blick auf die Dinge ist derzeit (wie in dem Video), dass Menschen, die nur das BGE haben, bei komplettem Konsum desselben genau die Hälfte (bei +100% auf die Nettopreise) davon an Steuern über die Preise an die Gemeinschaft zurückzahlen, da es ja keine anderen Steuern mehr gäbe. Der Steuersatz auf die vom Staat erhaltene Erstattung bezogen ist -50% (negativ) bei hohem Konsum nähert sich der individuelle Satz +50% an.

Das mit einem einheitlichen Steuersatz von 100% auf alles und einem einheitlichen Grundeinkommen.

Noch mehr Progression als -50% bis +50% kann mit mehreren Personen im Haushalt erreicht werden und zwar in der Haushaltsbetrachtung, die ich nicht besonders betone. Und natürlich mit den von Dir erwähnten verschiedenen Steuersätzen z.B. auf Lebensmittel und Luxusartikel.

Die größte Progression erzeugt jedoch erst die Implementierung einer Vermögenssteuer (als Folgefunktion der Einkommenssteuer und evtl. – dann muss sie noch höher sein –, der Erbschaftssteuer).

In unserem Modell fällt diese mit den ersten 100 000 Euro Netto-Privatvermögen an, wird also konsequenterweise wieder nicht auf der Unternehmensebene, sondern auf der Eigentümerebene erhoben und beginnt mit 0,1%p.a., die nächsten 100 000 Euro mit 0,2%p.a., die nächsten mit 0,3% usw. bis zu einem Höchststeuersatz von x (z.B. 5,0% p.a.) für höhere Nettovermögen. Das ist übrigens eine Hausnummer, denn hoch genug ist der Steuersatz erst, wenn die Vermögens-Ungleichheit nicht mehr steigt sondern schrumpft. Ein 10 Mio Euro Privatvermögen würde so 386 000 Euro Steuer kosten. Dieselben 10 Mio Euro gleichmäßig in 100 Händen würden 10 000 Euro Steuer kosten.

Etabliert werden kann diese Steuer mit zwei Kniffen:
erstens Selbstbemessung und zweitens Stundung.

Mehr dazu bei Interesse, aber das ist die Schweizer Lösung, die du sicher kennst um die Hauptargumente „Schnüffelei“ und „Zahlbarkeit“ zu entkräften.

Im dritten Absatz machst du den Punkt, dass ein konsumsteuerfinanziertes BGE den Verteilungskampf um den Mehrwert nicht führt. Ich vermute da liegt ein Glaubenssatz vor, dass der Unternehmer diktieren kann, wie viel er von dem erzielten Mehrwert weitergibt. Das ist meines Erachtens in einer Marktwirtschaft nicht dauerhaft möglich, wenn es kein Monopol/Kartell/sonstige gravierende Ineffizienzen gibt.

Mein Blick auf die Konsumsteuer statt Einkommenssteuer und Grundeinkommen (grundsätzlich statt zusätzlich als Einführungs-idee) ist vereinfacht folgender:

Jedes Unternehmen steht mit der ganzen Welt in Konkurrenz, um Güter mit Gewinn zu verkaufen. Will ein Unternehmen mehr Gewinn kann es die Marge erhöhen, oder die Verkäufe. Um die Verkäufe zu erhöhen ist der günstigste Preis ein starkes Argument.

Um die günstigsten Preise zu erzielen ist es wichtig die Mitarbeiter:innen zu gewinnen, sprich dazu zu bringen wenig Zusatzeinkommen zu verlangen, was sie bei einem ausreichend hohen Grundeinkommen auch tun werden, wenn die Arbeitsbedingungen so attraktiv sind, dass grosse Nachfrage nach der Tätigkeit besteht.

Zweitens muss dieser Kostenvorteil mit anderen Kostenvorteilen (steuerfreie Löhne, bereits selbst ein BGE für den Kapitalisten, keine Steuern auf den Gewinn des Kapitals, geringer Finanzierungskosten usw.) auch in geringere Endkundinnenpreise umwandelt. Sonst war es das mit dem Profit für die Kapitalseite, da andere Unternehmen (die sich ja dann auch viel leichter gründen als heute) die Ineffizienz eines ungerechtfertigt teuren Anbieters beseitigen.

Fazit: Konsumsteuer beendet nicht den Kampf um die Mehrwertverteilung zwischen Kapital, Arbeiterschaft, Kunde und Staat sondern verlagert ihn lediglich in die Sphäre, die von Nationalstaaten besser beeinflusst werden kann als die heutige, in der Maschinen und Importe/Freihandel als Hebel der Kapitalseite gegen die Forderungen von Kunden, Belegschaft und Staat IMMER gewinnen.

Bitte um eine wohlwollende Widerlegung oder Bestätigung dieser Argumentation.

Die ökologische Komponente der Verbrauchsbesteuerung kommt nämlich erst dann richtig zur Entfaltung, wenn sie die relevante Steuer und nicht Beiwerk ist.

Wäre doch gelacht, wenn Du die von mir deduzierten Mittel und Methoden im Kampf für mehr Umweltschutz, Chancengerechtigkeit, Emanzipation und Vermögensgleichheit als richtig und logisch analysieren würdest.

Ich sehe gerade, dass Ronald Blaschke am 27.11. in Wien mit Elisabeth Dreer die Unterschiede zwischen Neoliberalen und Emanzipatorischen BGE Modellen behandelt. Wer steht denn überhaupt für Neoliberale Modelle ein?

WR: Da habe ich ja auch öfter zu gesprochen, z. B. am 29.7.2020 im Rahmen unserer Videoreihe (da haben wir leider kein Video von) oder vor längerer Zeit und ausführlicher hier <https://www.youtube.com/watch?v=H8rFE51lJHg>

Thomas Straubhaar vertritt sicher eine (neo)liberale Vorstellung vom BGE, auch Sascha Liebermann ist da habe dran, Götz Werners Idee war zwar sehr unternehmensfreundlich, aber eher anthroposophisch-dreigliedert als neoliberal; Philippe van Parijs ist ebenfalls nahe dran.

HP: Die Videos sind ja ziemlich alt. Vielleicht sollten wir da mal eine Neuauflage machen.

Meine stark verkürzte Sichtweise wäre:

Wer Sozialstaatsabbau, Privatisierung und Steuersenkung für die Vermögenden, Chancenungleichheit, Umweltzerstörung und Klassismus das Wort redet und Maßnahmen mit diesem Ziel vorschlägt wäre neoliberal.

Neoliberale wollen den Staat als Vermögenswert der Vielen zurückdrängen.

Wer hingegen das Gegenteil möchte, Sozialstaatstärkung, Vergesellschaftung, ausreichende Steuerbeiträge für alle Staatsaufgaben, Chancengleichheit, Umweltschutz und Emanzipation von Geschlecht, Alter, Herkunft, Aussehen, sexueller Orientierung, religiöser Vorliebe, innerhalb der Menschenwürde und des Verfassungsbogens, aber den Staat als Vermögensschützer der Wenigen zurückdrängen möchte und Maßnahmen mit diesem Ziel vorschlägt wäre emanzipatorisch (ich sag meist ökosozial und meine das).

Hab ich hier bei aller Kürze den Sinn deiner Videos getroffen?

Ich würde mich nach dieser Definition nie im neoliberalen Lager einordnen, selbst mit Konsumsteuer nicht, wenn sie in Kombi mit Grundeinkommen (Sockel) und Vermögenssteuer (Deckel) für Ungleichheit argumentiert wird, wie wir das ja tun.

WR: In der Sache denke ich, sind wir nahe beieinander. Ich würde für manches zwar andere Formulierungen wählen, aber das ist ja weniger bedeutsam. Wir hatten ja zuerst 2008 eine Erklärung zum emanzipatorischen Grundeinkommen verabschiedet

<https://www.grundeinkommen.de/wp-content/uploads/2008/10/Erkl%C3%A4rung-%C3%BCber-emanzipatorisches-Grundeinkommen.pdf> und die dann 2022 nochmal überarbeitet und aktualisiert <https://www.grundeinkommen.de/wp-content/uploads/2022/09/Erklaerung-Grundeinkommen-und-Emanzipation-3.-Oktober-2022.pdf> Mir scheint, dass deren Inhalte sich in den Jahren dazwischen recht weit verallgemeinert haben, auch wenn nicht alle ihnen vollständig zustimmen würden.